

Jugendamt

Beschlussvorlage

öffentlich

Datum

14.03.2012

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

2012/6290

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	29.03.2012	Vorberatung
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	08.05.2012	Vorberatung
Rat der Stadt	15.05.2012	Entscheidung

Betreff

Satzung der Stadt Bottrop über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) vom 06.07.2009
hier: Satzungsänderung

Beschlussvorschlag

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bottrop über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) vom 06.07.2009 wird beschlossen

Die Satzung tritt am 01.08.2012 in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ja
Haushalt im Jahr: 2012
Produkt und Sachkonto: a) Kostenstelle SAP 060101/Sachkonto SAP 43210014
b) Kostenstelle SAP 060102/Sachkonto SAP 43210014
Art der Ausgabe: Elternbeiträge
Bedarf:
Haushaltsansatz: a) 1.700.000,00 €
b) 300.000,00 €
zusätzliche Einnahmen:
verringerte Einnahmen: a) 70.800,00 €
b) 12.500,00 €
einmalige Belastung:
jährliche Folgekosten: a) 170.000,00 €
b) 30.000,00 €

Begründung:

Problembeschreibung / Begründung

Mit Beschluss vom 22.07.2011 hat der Landtag NRW mit der Änderung des § 23 Absatz 3 KiBiz beschlossen, dass die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege durch Kinder, die am 01.08. des Folgejahres schulpflichtig werden, in dem Kindergartenjahr, das der Einschulung vorausgeht, beitragsfrei ist.

Eine Regelung der Beitragsgestaltung und eines Verfahrens für die Fälle, in denen während des beitragsfreien Jahres eines Kindes, dessen Einschulung zum 01.08. des folgenden Jahres vorgesehen ist, Geschwisterkinder, die zuvor nach den ortsrechtlichen Regelungen beitragsfrei gewesen sind ebenfalls eine Einrichtung besuchen, hat der Gesetzgeber nicht getroffen und dies im Hinblick auf die gleichfalls geänderte und erhöhte Landesförderung in das Belieben der Kommunen gestellt. Die Landesregierung ist der Überzeugung gewesen, dass die Kommunen entsprechende Satzungsregelungen treffen würden um junge Familien mit Kindern zu unterstützen und den Einstieg in die Gebührenfreiheit bei den Kindertagesstätten zu erreichen.

Damit die Familien mit einem Geschwisterkind in einer Kindertageseinrichtung oder in der Betreuung in Kindertagespflege in vollem Umfang an den finanziellen Vorteilen des beitragsfreien Kindergartenjahres teilhaben können, soll die bisherige Regelung im § 3 der Elternbeitragsatzung geändert werden. Ab dem 01.08.2012 sollen dann auch die Geschwisterkinder der für das Kindergartenjahr vor der Einschulung von Elternbeiträgen befreiten Kinder beitragsfrei sein.

Durch die Beitragsfreistellung der Geschwisterkinder entsteht ein Einnahmeverlust in Höhe von rd. 200.000,00 € für jedes Kindergartenjahr. Für den noch ausstehenden Abschluss des Konnexitätsverfahrens hinsichtlich des Ausgleichs der Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr wurde der Entwurf einer Rechtsverordnung erarbeitet. Darin wird vorgeschlagen, den pauschalen Zuschuss bezogen auf die Summe der angemeldeten Kindpauschalen für Kinder ab dem dritten Lebensjahr auf 5,1 Prozent festzusetzen. Die Abschlagszahlung legte im letzten Jahr noch 5,0 Prozent zugrunde, so dass hier eine leichte Verbesserung zu verzeichnen ist.

Für das nächste Kindergartenjahr würde dann die Ausgleichszahlung von 814.000,00 € (5,0 %) auf 830.000,00 € (5,1 %) steigen. Der Ausfall für das beitragsfreie Kindergartenjahr beträgt tatsächlich rd. 800.000,00 €, so dass die Geschwisterkindregelung von der Ausgleichsleistung nicht in voller Höhe gedeckt wird.

Tischler

Entwurf - Änderungssatzung